

# Anna Wolff-Powęska

## GESCHICHTSPOLITIK DIE POLNISCHEN AUSEINANDERSETZUNGEN UM GESCHICHTE UND GEDÄCHTNIS

Erinnerung und Interpretationen der Vergangenheit gehören zu den elementaren Funktionen einer jeden Gesellschaft und einer jeden Nation, von den Anfängen ihrer Existenz an. Das Monopol darauf hatten, unabhängig von den gesellschaftlich-politischen Bedingungen, nie ausschließlich die professionellen Historiker. Das Geschichtsbild, die Vorstellung von Geschichte und das Geschichtsbewusstsein, stellte stets ein wichtiges Element dar, das in politischer Abhängigkeit sowohl von weltlichen als auch von geistlichen Machthabern sowie von bestimmten Klassen-, Gesellschafts- und Volksinteressen stand. Als Gegenstand des Interesses der öffentlichen Meinung weckt und verstärkt die Vergangenheit stets die hitzigsten Emotionen. Die Intensität, mit der in Polen am Beginn des 21. Jahrhunderts die Debatte um die Geschichte im Dienste der Politik entflammt ist, stellt ein Phänomen dar, das eine wissenschaftliche Betrachtung wert ist.

Initiator und Hauptträger des »Projekts« Geschichtspolitik ist ein Kreis von Wissenschaftlern und Publizisten, die in der Mehrzahl eindeutig der politischen Orientierung verbunden sind, die nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im September 2005 die Macht übernommen hat. Unterstützt wird es per Mitwirkung und Amtsautorität von den Führern der Regierungsparteien, dem Präsidenten und dem Premierminister der Republik. Der Mangel an zeitlichem Abstand zu den Auseinandersetzungen, die in den letzten Jahren und Monaten geführt worden sind, das Hereinziehen dieses Themas in die aktuelle Politik, die Mehrdeutigkeit des Begriffs »Geschichtspolitik« selbst wie auch der Mangel an komparativen Untersuchungen, die die polnische Spezifik hervorheben könnten, erschweren in entscheidendem Maße eine umfassende Analyse und Prognose. Dennoch liefert die polnische Debatte reichhaltiges Material, das ebenso zum Formulieren von Schlussfolgerungen wie zum Stellen von Fragen, die für die politische Kultur dieses Landes wichtig sind, führen kann: Welche Kräfte bestimmen heutzutage in Polen die Vorstellung von Geschichte? Wessen Interessen dienen sie? Welche Herausforderungen stehen angesichts der Pluralisierung des historischen Gedächtnisses vor dem Historiker? Welche Funktion erfüllen die politisierten Geschichtsbilder im Polen des 21. Jahrhunderts?

### AN DEN QUELLEN DER DEBATTE

Die Eruption des Interesses an der Vergangenheit und der mit ihr verbundenen Debatte über Geschichtspolitik hat vielerlei Gründe. Die polnische Variante ist dabei jedoch weder ein isoliertes noch ein herausragendes Phänomen. Die Renaissance der Wissen-

schafts- und Populärliteratur, des Filmschaffens und der Kunst, die mit der Erinnerungskultur verbunden sind, reicht weit über die Grenzen Europas hinaus. Die Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert verzeichnet Auseinandersetzungen zwischen Generationen, zwischen Gewinnern und Verlierern des Kalten Krieges, die in totalitäre Systeme und ihre Opposition verwickelt sind. Die demokratische Wende in Ostmitteleuropa hat eine Schleuse geöffnet, die Erfahrungen an die Oberfläche der Geschichte spült, die sowohl vor als auch nach 1945 gemacht worden sind.

Die Arbeit an der Erinnerung fand in dieser Region in einer Phase intensiver Veränderungen, Revisionen und Neuinterpretationen statt. Nach dem Sturz des Kommunismus gab es eine übereilte Kanonisierung der einen und eine Entthronung der anderen Helden. Straßen wurden umbenannt, Schulbücher neu geschrieben. Im Jahr 2005, das für die Polen und andere europäische Völker bedeutende Jubiläen mit sich brachte, wurden Rituale und Themen, die mit der Hinterlassenschaft der beiden Diktaturen, mit der Frage nach Verantwortung und Verrat, Amnestie und Amnesie, mit der Rehabilitation der Opfer sowie mit der Bestrafung der Schuldigen zusammenhängen, in den Rang hochwichtiger öffentlicher Ereignisse erhoben. Mit dem Verschwinden des bipolaren Europa brach nämlich auch die fest umrissene Geschichtsvorstellung zusammen. Die Pluralisierung der Gesellschaft legte eine Vielfalt von Geschichtsbildern frei, und die großen Systemmetamorphosen im Zentrum des Alten Kontinents, die ethnischen Konflikte, die Teilung alter und die Gründung neuer Nationalstaaten machten aus ihnen am Ende des 20. Jahrhunderts einen erstrangigen politischen Faktor.

Es wuchs das Bedürfnis nach neuen Gründungsmythen zur Legitimation des Zusammenhalts und der Identität der Völker unter den neuen demokratischen Bedingungen. Die von der Zensur befreite Gesellschaft nahm Revisionen des Geschichtsbildes vor. Städte und kleinere Orte erobern ihre farbenreiche Geschichte zurück. Im Gegensatz zu dem bisher einheitlichen, uniformierten Bild der nationalen Geschichte schaffen die Vielfalt an Angeboten, Lehrbüchern, Kriegsveteranenerinnerungen, vor allem jedoch die Verbreitung des Geschichtsinteresses und der neuen Formen medialer Vermittlung des Geschichtsbildes nicht nur zahlreiche Möglichkeiten des Gedankenaustauschs; sie bringen auch Spannungen mit sich und ein Gefühl der Bedrohung. Die mächtigen gesellschaftlichen Veränderungen der Globalisierungsperiode setzen Besorgnis über die Zukunft frei, die mit dem Gefühl korrespondiert, die eigene Vergangenheit verloren zu haben. In dieser Situation erfüllt das Zelebrieren von Jubiläen und Nationalfeiertagen eine Kompensationsfunktion. Für die neuen EU-Mitglieder, darunter auch Polen, werden Nationalstolz und neuer Patriotismus wichtige Elemente des Gleichgewichts in der neuen Welt, in der es noch schwer fällt sich zurechtzufinden. Also kehren alte Zweifel zurück: Ist die Geschichte eine Lehrerin für das Leben? Eine Pythia? Erfüllt sie eine Katharsis- oder eine Kompensationsrolle? Inspiriert sie, oder ist sie nur ein Ausdruck von Eskapismus und Nostalgie?

Der Begriff Geschichtspolitik ist aus der deutschen Literatur in den polnischen Diskurs übernommen worden. Er tritt mit dem Charakter eines medialen Slogans, eines Schlagworts, eines politischen Postulats oder eines Arguments in politisch-historischen Kontroversen auf und ist dabei eher von Emotionen als von Erkenntnisinteresse erfüllt. Mit Rücksicht auf den Missbrauch der Geschichte durch die Diktaturen Hitlers und der

Kommunisten weckt er im Wesentlichen negative Assoziationen. Die Jahre der Diktatur bewirken, dass man sich heute nur schwer mit dem Umstand abfinden kann, dass in einem demokratischen Staat und einer Massengesellschaft das historische Gedächtnis vielstimmig, dynamisch, beschleunigt und kommerzialisiert ist. Auf die drängenden politischen Probleme der Gegenwart werden Antworten in der Vergangenheit gesucht. Die Geschichtspolitik nach 1989 enthüllt überall östlich der Elbe ihr janusköpfiges Antlitz. Dort, wo sich alles überlagert, sind wirkliches Wissen über das Wesen des totalitären Systems vonnöten, die Suche danach, wer Täter und wer Opfer ist, Wiedergutmachung und Moral; die Bedeutung des politischen Fingerspitzengefühls wächst, Distanz zum Gegenstand ist unerlässlich.

## GESCHICHTSPOLITIK: DETERMINANTEN UND KENNZEICHEN DER POLNISCHEN AUSEINANDERSETZUNG

Das Thema Geschichtspolitik, das seit einigen Jahren in den polnischen Massenmedien auftaucht, ist Gegenstand zahlloser Konferenzen wie auch politischer Appelle und passt sich in das Gesamtbild der Veränderungen in der politischen Kultur im postkommunistischen Europa nach 1989 ein. Der Umstand, dass ihr »Ausbruch« eine Reaktion auf die Renaissance des historischen Gedächtnisses in Deutschland, auf den Mangel an Wissen über die neueste polnische Geschichte in Westeuropa und eine Antwort auf die Manipulation und Arroganz der russischen politischen Führung ist, beschreibt schon *in statu nascendi* ihren Charakter. Ihre Einstellung und ihr Abwehrverhalten erschweren die Benennung positiver Ziele, sie tragen die Kennzeichen von Konjunkturalismus und Behelfsmäßigkeit, sie mobilisieren Emotionen; häufig äußern sie sich in blindwütigem Austeilen von Schlägen, was das Niveau und das Gewicht der Debatte beeinträchtigt. Die Analyse von Texten und Aussagen der bisherigen Teilnehmer an der Debatte über die Geschichtspolitik erlaubt die Formulierung einiger Ausgangshypothesen und Schlussfolgerungen. Obwohl das Engagement in der Diskussion in einigen Fällen auf dem Bedürfnis beruht, ein Modell für die Funktionen des Staates in diesem Bereich zu entwerfen, also im Grunde auf einer durchaus positiven Prämisse, wird der Inhalt der in Angriff genommenen Thematik in entscheidendem Maße negativ definiert. Dies schließt einen Dialog aus und ebenso die Möglichkeit, für Gesellschaft und Staat wesentliche Aufgaben zu formulieren. Die grundsätzlichen und für die polnische Spezifik ausschlaggebenden Kennzeichen der Geschichtspolitik sind Demontage, Verneinung und Kampf. Das Schlagwort »Geschichtspolitik« ist nämlich für die gegenwärtig regierenden politischen Kräfte und ihre intellektuelle Basis ein wichtiges Argument im Streit um die sogenannte Vierte Republik geworden. Es richtet sich gegen alle Regierungen, die seit 1989 im Amt gewesen sind, und gegen die Eliten, die sich an der Transformation Polens beteiligt hatten. Seine Grundlage ist vor allem die Diskreditierung aller Errungenschaften der Dritten Republik. Wenn nämlich alle Ansichten, die von der herrschenden Meinung und der von den neuen Machthabern abgeseigneten Denk- und Handlungsmaxime abweichen, entwertet und marginalisiert werden, wird jegliche demokratische Auseinandersetzung unmöglich.

## VERMEINTLICH SCHULDIGE

Ein integraler Bestandteil einer jeden Wende ist der Versuch, die vorhergehende Geschichtsinterpretation lächerlich und zunichte zu machen sowie die alten Eliten zu denunzieren. Diesen Mechanismus beherrschen am besten Diktaturen jeglicher Couleur; es zeigt sich jedoch, dass die politischen Entscheidungsträger, die in der öffentlichen Meinung derzeit den Ton angeben, ähnliche Techniken und eine ähnliche Propagandasprache – wenn auch in einem anderen Ausmaß – anwenden. Der Mangel an Reflexion über die inhaltlichen Sachgebiete, die mit dem Terminus »Geschichtspolitik« bezeichnet werden, verursacht, dass dieser Begriff im Verlauf des Wahlkampfs wie auch der öffentlichen Debatte ein schier unerschöpfliches Arsenal einander widersprechender Argumente und vorgeblicher Rezepte zur Sanierung des Landes hervorgebracht hat. Er bezeichnet ebenso Tatsachen und Ereignisse der Innenpolitik (z.B. Bildung, patriotische Erziehung, Lustrationen, Entkommunisierung, Belohnung von Kriegsveteranen, nationale Identität, Umgang mit Minderheiten) wie auch der Außenpolitik (Formen und Umfang der Selbstdarstellung Polens im Ausland, Verhältnis zu den Nachbarn und zu ihrem historischen Erbe, Entschädigungen).

Am Beginn der Debatte stand die grundsätzlich falsche These, die bisherige Regierung und ihre Eliten hätten die Vergangenheit verleugnet und die Traditionspflege vernachlässigt. Eine sachliche Auseinandersetzung mit dieser These wird durch den Umstand erschwert, dass der Gegenstand der Kritik anonym ist; die Vorwürfe haben zudem nur einen vagen Charakter, und der Mangel an Beweisen beraubt sie jeglichen Sinns. Die Verfälschung der polnischen Realität verläuft nach dem demokratischen Umschwung je nach dem politischen Kontext in unterschiedlicher Intensität. In ihrem Vorwort zu den Materialien einer Konferenz, die der Geschichtspolitik gewidmet war, formulierten Dariusz Gawin, der stellvertretende Direktor des Museums des Warschauer Aufstands, und Paweł Kowal, ein Historiker und Koautor des Museumskonzepts, den Vorwurf, die Politiker hätten sich hauptsächlich auf Wirtschaftsdaten und die komplizierten Transformationsprozesse konzentriert. »Unter diesen Bedingungen sollte die Politik eine von Technokraten ausgeübte Kunst werden. Der Bereich der Symbole, der Bereich der Identität, die Wertedebatten wurden als ›Ersatzthemen‹ und als rhetorische Schlagwörter abgewertet, die von Demagogen und Populisten verwendet werden.«<sup>1</sup>

Im Sinne der These, dass der Zweck die Mittel heiligt, verbreitet nahezu jede Publikation, die sich der Affirmation der neuen Geschichtspolitik widmet, diese Kritik, die in der Regel zu der Behauptung führt, dass Patriotismus, Stolz auf die eigene Geschichte und das Gefühl der Verbundenheit mit den vorangegangenen Generationen bisher als Anachronismen angesehen worden seien, die einer modern verstandenen Europäisierung und Demokratisierung der Gesellschaft im Wege stünden. Diese künstlich geschaffenen Einteilungen und Alternativen spiegeln jedoch nicht die Realität. Die rhetorische Grundannahme der Initiatoren der Geschichtspolitik nach dem Motto »Da *Ihr* vor der Geschichte geflohen seid, kehren *wir* triumphierend zu ihr zurück, *Ihr* habt Europa ge-

1 Dariusz Gawin, Paweł Kowal: Polska polityka historyczna [Polnische Geschichtspolitik]. In: Polityka historyczna. Historycy – politycy – prasa. Konferenz unter der Ehrenehmschirmherrschaft von Jan Nowak-Jeziorański. Raczzyński-Palast in Warschau, Museum des Warschauer Aufstands. Warschau 2005, S. 11.

wählt, *wir* Nation und Patriotismus, *Ihr* Liberalismus und damit Konsum und Werteverfall, *wir* die Gemeinschaft« lässt sich nicht logisch begründen.

Die Idee der neuen Geschichtspolitik bekommt mit Leichtigkeit den Beifall der im weitesten Sinne rechten Kreise, weil das Hauptangriffsziel ihrer Verfechter die nur vage umrissene Linke ist. In der Praxis verbergen sich dahinter die »postkommunistischen« und »Post-Solidarność-Kräfte« sowie die »Liberalen«. Die »Postkommunisten haben das Lied vom Ende der Geschichte angestimmt«, schreibt Grzegorz Górný und unterstellt ihnen, dass es ihnen gelungen sei, »mit Hilfe der Post-Solidarność-Kreise einen großen Teil der Bevölkerung davon zu überzeugen, dass man die Geschichte den Historikern überlassen und sie nicht mit öffentlichen Aktivitäten vermischen sollte«.<sup>2</sup>

Prof. Andrzej Nowak, Chefredakteur der Geschichtszeitschrift *ARKANA* und einer der Teilnehmer an der Konferenz, die am 30. März 2006 im Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej, IPN) abgehalten wurde und sich dem »Polnischen historischen Gedächtnis« widmete, gehört zu der Gruppe von Radikalen, die sich gegenseitig beim Aufspüren jener übertreffen, die sich angeblich des historischen Eskapismus schuldig gemacht haben. Im Kampf um die Rehabilitierung der romantischen Tradition vergleicht er die »Propaganda« der Dritten Republik mit der Propaganda Volkspolens. Beide hätten »dem historischen Gedächtnis Unrecht getan«, indem sie es auf das Abstellgleis gestellt hätten. Im Namen der sozialen und nationalen Gerechtigkeit fordert Andrzej Nowak die Präsentation echter Helden, »deren Platz siebzig Jahre lang auf der Müllhalde der Geschichte war, wo man sie in den letzten fünfzehn Jahren belassen wollte«. Die Dritte Republik stellt für ihn lediglich eine Fortsetzung jener Denkschule dar, die sich auf die Propagierung des Nihilismus stützt und den Polen das Gefühl des Nationalstolzes raubt. Nowak sieht seine Aufgabe nun in einer Gegenpropaganda. Ihr Ziel solle es sein, der romantischen Tradition im Namen einer nicht näher umrissenen Zukunftsvision zum Wohle des Staates – verstanden als »die Gemeinschaft der Staatsbürger, die dieser Gemeinschaft angehören und sie nicht voller Scham verwerfen wollen«<sup>3</sup> – ihre Würde wiederzugeben.

Die Behandlung der Politik in Polen nach 1989 *en bloc* und die Ignoranz gegenüber der Tatsache, dass im vergangenen Jahrzehnt eine riesige Anzahl von Dokumenten, Publikationen, Abhandlungen, neuen Institutionen und Organisationen entstanden ist, die auf wissenschaftlicher und moralischer Ebene mit der kommunistischen Vergangenheit abgerechnet haben, hat nichts mit jener historischen Wahrheit zu tun, die die Fürsprecher der polnischen Geschichtspolitik so eifrig beschwören. Robert Kostro, Berater der Union für ein Europa der Nationen im Europaparlament und 2000–2001 Kabinettschef des Ministeriums für Kultur und Nationales Erbe, sowie Tomasz Merta, Historiker und Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Nationales Erbe sowie 2001–2002 Direktor des Instituts für Nationales Gedenken, werfen der Dritten Republik vor, das Volk nicht auf den »Kampf um die Erinnerung« vorbereitet zu haben: »Allzu eilig hatte ein Teil der politischen und intellektuellen Eliten, die »die Zukunft wählten«, angenommen,

2 Grzegorz Górný: Koniec »końca historii« [Das Ende des »Endes der Geschichte«]. In: *PRZEWOZNIK KATOLICKI* 45/2004, S. 30–31.

3 Polska polityka historyczna [Polnische Geschichtspolitik]. In: *BIULETYN INSTYTUTU PAMIĘCI NARODOWEJ* Nr. 5, Mai 2006; zu den Aussagen von Andrzej Nowak siehe S. 4 und S. 7, 28.

dass die Geschichtspolitik ein reiner Anachronismus sei, dem es nicht lohnt, allzu viel Zeit und Energie zu opfern.«<sup>4</sup>

Zum Chor der Kritiker der Dritten Republik, des »Schlusstrichs«<sup>5</sup> und des Runden Tisches als Verursacher der Schwächung all dessen, was gemeinschaftlich ist, gehört Zdzisław Krasnodębski, Soziologe an der Universität Bremen und Professor an der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität in Warschau. Er sagt: »Die Ideologie des polnischen Liberalismus und die Utopie einer offenen Gesellschaft [...] verneinen das Bedürfnis nach einem kollektiven Gedächtnis und einer staatlichen Geschichtspolitik.«<sup>6</sup>

Die Auswahl sowohl der Autoren für Sammelbände als auch der Teilnehmer an der Mehrzahl der Konferenzen, die auf Anregung der Apologeten der Geschichtspolitik organisiert werden, dient ausschließlich der homogenen Auslegung des Themas, das uns hier beschäftigt. Dieser einstimmige Chor beraubt jedoch die Debatte jeglichen Erkenntniswerts und die Attackierten aller Chancen für eine sachliche Verteidigung und Argumentation – umso mehr, als hinter der publizistisch-wissenschaftlichen Avantgarde der Geschichtspolitik alle führenden Politiker der politischen Parteien stehen, die derzeit in Polen regieren und von Bedeutung sind.

Jarosław Kaczyński, der gegenwärtige Premierminister und Vorsitzende der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS), nutzte die Kampagne vor der gewonnenen Wahl am 25. September 2005, um seine politischen Gegner als Verfechter der Verneinung des historischen Gedächtnisses zu brandmarken. Er verbarg dabei nicht seine Absichten. Das Anprangern der »übertriebenen Sitten-Toleranz« des Post-Solidarność-Liberalismus diente ihm als Ausgangspunkt für die Ausrufung einer moralischen Revolution. Die neuen politischen Kräfte, die an die Macht gelangt waren, sollten den Staat aufwärmen und ihn in eine Einheit von Visionen und historischem Gedächtnis einhüllen.

Die Fürsprecher der Vierten Republik haben in ihrer Propaganda den elementaren Umstand nicht berücksichtigt, dass die Beschäftigung mit der Vergangenheit in der Politik keines Landes Priorität haben kann und dass es nicht möglich ist, das Interesse der Gesellschaft an der Vergangenheit für längere Zeit auf einem hohen Niveau zu halten. Es kann sich jedoch auch kein Staat erlauben, wichtige Nationalfeiertage, Symbole und Rituale zu ignorieren. Die politischen Eliten, die für die Demokratisierung und Modernisierung Polens nach dem Umbruch von 1989/90 verantwortlich waren, waren sich dessen vollkommen bewusst. Für ein Land, das aus einem tiefen Abgrund wieder emporgestiegen war, war die Vergangenheit eine wichtige, aber eben keineswegs die wichtigste Aufgabe.

4 Robert Kostro, Tomasz Merta (Hrsg.): *Pamięć i odpowiedzialność* [Gedächtnis und Verantwortung]. Kraków 2005, Einleitung, S. VII.

5 (Poln. »gruba kreska«.) Der Terminus bezieht sich auf eine Aussage des damaligen Premiers Tadeusz Mazowiecki aus dem Jahr 1989, in der er sich gegen eine minutiöse Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit ausspricht (Anm. d. Übers.)

6 Zdzisław Krasnodębski: *Zwycięzcy i pokonani* [Sieger und Besiegte]. In: Kostro, Merta (wie Anm. 4), S. 68f.

Die Schöpfer des demokratischen Polen mussten sich nämlich mit dem Erbe sowie mit den inneren und den äußeren Dämonen der Vergangenheit auseinandersetzen – im gesamtstaatlichen wie im regionalen Rahmen und in vielen Lebensbereichen. Die Dritte Republik hatte es vom Augenblick ihrer Geburt an mit einer symbolischen Sphäre des Staates zu tun, der seine Souveränität wiedererlangt hatte. Der Bruch mit der Vergangenheit Volkspolens verlangte von den ersten Machthabern, an die besten historischen Traditionen des Landes anzuknüpfen: von der Änderung des Staatsnamens und des Staatswappens, der Übergabe der Machtinsignien durch den letzten Exilpräsidenten, Ryszard Kaczorowski, an Präsident Lech Wałęsa am 22. Dezember 1990 über die gesamte Reorganisation der staatlichen Institutionen bis hin zur Verkündung einer neuen Verfassung der Republik: So lange währte der Prozess der Schaffung eines neuen historischen Bewusstseins.

Die Geschichtspolitik war dabei ein alltägliches Element ohne überflüssige Deklarationen und verbale Aushängeschilder. Sie äußerte sich u.a. in der Abschaffung des Feiertags am 22. Juli und der Wiedereinführung des 3. Mai und des 11. November sowie im festlichen Begehen von Jubiläen der wichtigsten Ereignisse, die mit der Oppositionsbewegung Volkspolens zusammenhingen (z.B. die Entstehung der *Solidarność*). Sie fand ihren Ausdruck in dem langwierigen Prozess der Umbenennung von Straßen und Schirmherrschaften für Schulen, in der Veränderung der Denkmallandschaft im ganzen Land, in der staatlichen Auszeichnungspolitik, der Rehabilitation von Opfern des Stalinterrors (Wiederaufnahme von Prozessen, Entschädigungen, moralische Wiedergutmachung), im Entzug von Veteranen-Privilegien für Funktionäre des Sicherheitsdienstes (UB) und in der Gründung des Instituts für Nationales Gedenken im Jahr 2000.

Die erste Regierung der III. Republik hat nicht nur im Bereich der Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarn Polens epochale Maßnahmen ergriffen. Beide Verträge mit der Bundesrepublik Deutschland, sowohl der über die Grenze im Jahr 1990 als auch der über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit im Jahr 1991, waren Meilensteine auf dem Weg zur Bewältigung des tragischen Erbes der Vergangenheit. Die Verbrechen von Katyn wurden Gegenstand zahlloser Gespräche und Aktivitäten der Eliten, die sich mit den Beziehungen zu Russland befassten. In den neunziger Jahren wurde eine Neuordnung der Beziehungen zu Litauen und der Ukraine in Angriff genommen. Institutionen und wissenschaftliche Einrichtungen, Stiftungen und kulturelle gesellschaftliche Organisationen wurden ins Leben gerufen, deren Hauptaufgabe die Pflege des historischen Gedächtnisses war. Die Abschaffung der Zensur entfesselte viel Enthusiasmus, der in einem riesigen historischen Interesse seinen Ausdruck fand. Ergebnis dessen waren nicht nur unüberschaubare Mengen an wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die sich bisherigen Tabuthemen widmeten, weiße Flecken ausfüllten sowie Lügen und fehlerhafte Thesen verifizierten. Die Wiederherstellung der Bürgernähe der Geschichte äußerte sich auch darin, dass Orten und Regionen ihre Geschichte und ihr Gedächtnis in ihrem ganzen multikulturellen Ausmaß wiedergegeben wurden. Die Renaissance der lokalen Traditionen im Ermland und in Masuren, bei den Schlesiern und den Kaschuben zeigt ihre Früchte

in der Rückkehr uralter Feste, der Pflege von Dialekten und Literatur und damit auch der Stärkung der zwischenmenschlichen Bande.<sup>7</sup>

## AFFIRMATIVER PATRIOTISMUS, KRITISCHER PATRIOTISMUS

Es ist das natürliche Bedürfnis eines jeden Volkes, auf sein Vaterland stolz zu sein. In diesem Punkt unterscheidet sich Polen nicht von anderen Ländern, nicht nur europäischen. Die Eigenschaft jedoch, die viele Polen von anderen unterscheidet – und die Debatte über Geschichtspolitik sowie eine Reihe internationaler empirischer Untersuchungen bestätigen dies –, ist die Überzeugung, dass der Tribut des Opfers und des Martyriums, den wir vor dem Altar der Geschichte abgelegt haben, wie auch unsere Verdienste im Kampf gegen Faschismus und Kommunismus uns moralisch höher stellen. Dies bringt weitreichende Konsequenzen mit sich.

Die in der Kampagne zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005 von der PiS vorgenommene Aufteilung des Landes in ein liberales und ein solidarisches Polen war nicht nur ein billiger Kniff. Der Gesellschaft wurde weisgemacht, dass man, wenn man sich für diese Partei ausspreche, die Wärme der Gemeinschaft und des Gemeinwohls wähle, während ein Verharren bei der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) und anderen Gruppierungen der politischen Mitte die Entscheidung für kalten Kapitalismus, Egoismus des Individuums und moderne Demoralisierung bedeute. Die aktuellen Aussagen der Apologeten der Geschichtspolitik schließen kritiklos an diese Trennung an und unterstellen gleichzeitig den politischen Gegnern der Siegerparteien, bewusst die Schwächung des Patriotismus und das Verschwinden einer gemeinschaftlichen nationalen Identität vorangetrieben zu haben.

Das Postulat einer Vereinheitlichung der Inhalte der patriotischen Erziehung und die Ideen des Bildungsministers Roman Giertych – der u.a. »patriotische Erziehung« als eigenständiges Unterrichtsfach einführen und die Geschichte Polens von der Weltgeschichte trennen möchte, und das bei einer ohnehin verschwindend geringen Anzahl von Stunden, die in der Schule der Geschichte gewidmet werden – müssen verständlicherweise beunruhigen. Dies umso mehr, als die Hauptvorwürfe der »Polithistoriker« oder »Geschichtspolitiker« die Methode und die Grundsätze des Geschichtsunterrichts betreffen. Das, was ihre Natur und eine Bedingung *sine qua non* der wissenschaftlichen Betätigung ist, nämlich eine kritische Einstellung, wird als die grundsätzliche Schwäche der bisher geübten Forschung betrachtet. An den Pranger der Kritik wird gestellt, was für jeden Forscher verbindlich ist – das Bestreben, die Ursachen und die Umstände der Phänomene aufzudecken, Mythen zu entlarven und das Geschichtsbild zu verifizieren. Der Patriotismusunterricht, den die Verfechter der neuen Geschichtspolitik erteilen wollen, stützt sich auf die Verteidigung von Geschichtsmysen und eine selektive, alleingültige Wahrheit. Die Mehrzahl der Apologeten der polnischen Geschichtspolitik vertritt eine sehr vereinfachte Diagnose des aktuellen Standes der polnischen nationalen Identität. Die wichtigste Brutstätte des Bestrebens, die nationale Tradition zu

7 Vgl. u.a. Robert Traba: Walka o kulturę [Der Kampf um die Kultur]. In: PRZEGLĄD POLITYCZNY 75/2006, S. 46–53.



entmythologisieren, ist ihnen zufolge die GAZETA WYBORCZA mit Adam Michnik. Sie forcieren die Idee, ein Freiheitsmuseum zu schaffen, das die Arbeit des Büros für Öffentliche Bildung des Instituts für Nationales Gedenken sowie des Instituts des Nationalen Erbes auf dem Gebiet einer modernen patriotischen Erziehung ergänzen soll. Jede attraktive Form, die Geschichte darzustellen, ist es wert, unterstützt zu werden. Allerdings steckt bereits im Grundkonzept dieser Idee ein Widerspruch. Die polnischen Geschichtserfahrungen sollen in das affirmative Gedächtnis überführt werden und dabei nur einem Leitgedanken untergeordnet werden: dem des Freiheitsstrebens. Die Autoren nehmen nämlich an, dass die Freiheitsidee einen »zentralen Platz in der Geschichte der polnischen politischen Gemeinschaft einnimmt und unseren größten Beitrag zum Erbe Europas darstellt«; deshalb solle sie auch das Fundament des modernen staatsbürgerlichen Patriotismus bilden.<sup>8</sup>

Die polnische Geschichte erschöpft sich jedoch nicht, wie es die Autoren glauben machen wollen, in der Union mit Litauen, der Lubliner Union und den Erfahrungen der Teilungen, der Zurückschlagung des bolschewistischen Angriffs im Jahr 1920, der Heimarmee, dem Warschauer Aufstand, mutigen Handlungen der polnischen Kirche am Beispiel der Kardinäle Stefan Wyszyński und Karol Wojtyła sowie der Solidarność. Hier könnte man die Frage stellen, ob Beispiele von Intoleranz, von Pogromen an der jüdischen und an der deutschen Bevölkerung, von Kollaboration und von Denunziation, die im Falle verdienter Kirchenvertreter besonders schmerzhaft sind, das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft destabilisieren und patriotische Empfindungen schwächen. Wer gibt uns die Garantie, dass das Verschweigen der dunklen Seiten der polnischen Geschichte, die aus dem internationalen Kontext herausgelöst behandelt wird, und allein die Präsentation des polnischen Ruhmes die junge, weltoffene Generation dazu bringen, eine Variante des Patriotismus zu akzeptieren, die unter den Bedingungen der Teilungen Polens entstanden ist, während in Europa die Nationalstaaten zum Leben erwachen?

Auch wenn man den Befürwortern einer Stärkung des Patriotismus hehre Absichten unterstellt, kann man unmöglich die Widersprüche und die Einseitigkeit der von ihnen verkündeten Thesen übersehen. Schon die reine Diagnose, die den Ausgangspunkt der Debatte darstellt, stützt sich ausschließlich auf Intuition und Mutmaßungen bei gleichzeitigem Fehlen einer verlässlichen Basis von Daten. Weder polnische noch internationale Untersuchungen bestätigen nämlich die alarmierende Diagnose vom Zustand der Identität und vom Schwund patriotischer Empfindungen, die von den regierenden Politikern und ihrem intellektuellen Umfeld verbreitet wird.

Sie zeigen hingegen eindeutig, dass die jungen Polen sich in Bezug auf ihr Vaterland und ihr nationales Zugehörigkeitsgefühl nicht im negativen Sinne von ihren europäischen Altersgenossen unterscheiden. Im Gegenteil: Ihr Verständnis von Nation ist traditioneller. Obwohl die polnische Verfassung die Nation im staatsbürgerlichen Sinn definiert, repräsentieren die Polen ein ethnisches Verständnis in der traditionellen, aus dem 19. Jahrhundert stammenden Weise. Es dominiert die nationale Selbsterschaffung. Aus den Untersuchungen ergibt sich ein Polenbild, das nicht Stolz auf zivilisatorische Errungen-

8 Kostro, Ujazdowski (wie Anm. 4), S. 50f.



schaften und demokratischen Wandel herausstellt, sondern sich aus historischen Erfahrungen Polens als Opfer und Held von Befreiungskriegen speist. Uns zeichnet eine narzisstische Natur aus, das Gefühl, das Opfer anderer Völker, kommunistischer Politiker und der Globalisierung zu sein. Für unseren besonderen Beitrag zum nicht näher umrissenen Wohle der Welt erwarten wir eine moralische und materielle Belohnung. Das erfahrene Unrecht und die Leiden sind ein Resultat unserer Treue zu bestimmten Traditionen.

Die Feststellungen der Forscher zeigen auch, dass das Modell der Geschichtspolitik, das sich jetzt durchgesetzt hat, das einen kritischen Zugang zur Geschichte ausschließt, das den Patriotismus auf die Organisation des Gedenkens im Interesse einer allein gültigen politischen Richtung gründen will, die Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur erschwert. In dieser Situation ist die Frage angebracht: Hat das siegreiche politische Lager das Recht, über die Form der Verwaltung unserer Erinnerung zu entscheiden, ohne die Mehrheit nach ihrer Meinung zu fragen? Die Schaffung eines affirmativen Patriotismus, dessen Träger abfällig von Lokalpatriotismus sprechen und die Rolle des staatsbürgerlichen sowie des lokalen Engagements übergehen, vernachlässigt den Umstand, dass neben den Kreisen, denen die Tradition der Heimatarmee, des Warschauer Aufstands und der Solidarność in Polen im Gedächtnis haften geblieben ist, auch noch viele andere Erinnerungsgemeinschaften existieren. Sie ignoriert die Tatsache, dass es in Polen die geringste Zahl von Nicht-Regierungsorganisationen in Europa gibt, die bürgerliches Engagement freisetzen und ein wichtiger Initiator von Gruppenbindungen sind.

Vieles deutet darauf hin, dass in der aktuellen Debatte über eine Geschichtspolitik, die Polen als ein Land ohne Patrioten betrachtet, der elementare Umstand nicht berücksichtigt wird, dass objektive Veränderungsprozesse des Selbstbewusstseins und der Mentalität vor allem in der jüngeren Generation vonstatten gehen. Die Öffnung Polens, die Möglichkeit, ins Ausland zu reisen und sich mit Hilfe neuer Techniken gesellschaftlicher Kommunikation zu verständigen, das alles hat zur Folge, dass sich die jungen Polen immer stärker mit anderen Gleichaltrigen identifizieren. Parallel zum Untergang einer bipolaren Welt haben sich nämlich auch die Kriterien der Selbsteinschätzung verändert. Polen ist ein integraler Bestandteil der Welt. Die patriotischen Einstellungen sind nicht verloren gegangen, sie haben nur Inhalt und Qualität verändert. Der Patriotismus hat eine Pluralisierung erfahren.

## WIR UND SIE. DIE GESCHICHTSPOLITIK NACH AUSSEN

Als der polnische Sejmmarschall Marek Jurek auf das historische Bewusstsein als elementares Bindeglied der Nation und des staatsbürgerlichen Gefühls hinwies und es dabei als eine der politischen Dimensionen der Vierten Republik behandelte, vertrat er die Meinung jener Teile der meinungsbildenden Eliten des heutigen Polen, die das historische Gedächtnis der polnischen Gesellschaft in der Opposition gegen das Gedächtnis der Deutschen und Russen sehen. Unter diesem Aspekt hat die Geschichtspolitik eine geopolitische Dimension, indem sie sich zwischen den Geschichtspolitiken unserer beiden großen Nachbarn verortet.



Die Aufrechterhaltung eines Gefühls der Bedrohung liegt im Interesse der politischen Kräfte, die nachweisen wollen, dass die bisherige Außenpolitik das Resultat von Schwäche und Unterwürfigkeit gegenüber den fremden Großmächten war. Das Gebot einer Abwehrhaltung und Reaktion auf bestimmte Maßnahmen sowie die Manipulation mit dem historischen Gedächtnis in Deutschland und Russland bewirken, dass eine so verstandene Geschichtspolitik einen konfrontativen Charakter erhält.

Mit Sicherheit hatte auch die Jedwabne-Debatte Einfluss auf die Intensität der Diskussion über den nach außen gerichteten Aspekt der Geschichtspolitik. Die Auseinandersetzungen um die polnische Täterschaft bei diesem Judenpogrom riefen tiefe Erschütterung hervor und lieferten ein weiteres Argument für die Notwendigkeit, das Polentum und seinen guten Namen gegen die Außenwelt zu verteidigen. Im Dienste dieser Verteidigung wie auch zur Zurückweisung der Vorwürfe deutscher Opfer von Zwangsumsiedlungen wurde eine Argumentation herangezogen, die sich auf Kategorien wie Katholizismus, nationale Einheit, Solidarität und Staatsraison stützte.

Eines der Hauptmotive der Propaganda für eine Geschichtspolitik nach außen waren Beispiele von Wissenslücken, die im äußeren Umfeld ausgemacht worden waren und sich hauptsächlich in der Verwechslung des Aufstandes der Juden im Warschauer Ghetto 1943 mit dem Warschauer Aufstand von 1944 oder der Benutzung der Bezeichnung »polnisches Konzentrationslager« für Auschwitz äußerten. Dazu kommt, dass die Mehrzahl der Deutschen keine Ahnung hat, welche Verbrechen ihre Landsleute im Zweiten Weltkrieg in Polen begangen haben, und sich die junge Generation in Deutschland wenig für die Geschichte der deutschen Besatzungspolitik in Polen interessiert. Nach Meinung Jarosław Kaczyńskis haben wir es hier mit einer »massiven Desinformation über Polen und die Polen«<sup>9</sup> zu tun.

Die Überzeugung, dass es eine Garantie unserer Position in Europa ist, wenn die Europäer besser informiert und gleichzeitig stets an die polnische freiheitliche Tradition und die polnischen Verdienste im Kampf gegen Faschismus und Kommunismus erinnert werden, wird auch von der größten Regierungspartei geteilt. Der PiS-Abgeordnete Michał Kamiński schrieb in seinem Wahlprogramm für ein Mandat im Europaparlament im März 2004: »Wir bieten die Garantie, dass wir eine harte Haltung beziehen. Wir haben bereits bewiesen, dass wir uns selbst entwickeln können.« Er mahnte die »geistige Dimension Europas« an und versicherte, er werde entscheidene Schritte »zum Schutz der historischen Wahrheit und zur Erinnerung an die Rolle unserer Nation in der Geschichte Europas« einleiten.<sup>10</sup>

In einem programmatischen Dokument mit dem Titel »Kultur und moderne Geschichtspolitik«, das im Rahmen des Wahlkampfs 2005 angefertigt worden war, spricht sich die PiS für die Stärkung der staatlichen Kulturförderung und der Selbstdarstellung Polens in Europa aus. Die Partei kündigt zum Schutz der historischen Wahrheit an, sie wolle die Leistungen Polens bei der Befreiung Europas her-

9 Jakiej polityki historycznej potrzebuje Polska? [Welche Geschichtspolitik braucht Polen?]. In: Polityka historyczna (wie Anm. 1), S. 113.

10 [www.michalkaminski.pl/manifest.htm](http://www.michalkaminski.pl/manifest.htm)

ausstellen, um auf diese Weise das polnische Prestige innerhalb der Europäischen Union zu stärken.<sup>11</sup>

Unsere Geschichtsdiplomatie soll eine Einbahnstraße sein. Die Autoren, die engagiert für die polnische Geschichtspolitik werben, fragen nämlich nicht nach dem polnischen Wissensstand über die Geschichte unserer Nachbarn. Die Vorschläge der Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin, LPR), in Berlin ein »Zentrum des polnischen Märtyrertums« zu bauen, die europäischen Länder dazu zu bringen, polnische Fernsehserien und Geschichtsdokumentationen anzuschauen, und die Auslandspolen in der ganzen Welt dazu zu verpflichten, dort das Wissen über die historischen Verdienste der Polen zu vertiefen, sind eine Liste frommer Wünsche, hinter denen sich keineswegs ein durchdachtes, nachhaltiges Programm der Geschichtspädagogik verbirgt. Sie können schon allein deshalb keinen Erfolg haben, weil sie von einer eigenartigen Mischung aus Megalomanie und Komplexen begleitet werden.

Entgegen der Meinung, die in der Literatur über die Geschichtspolitik verbreitet wird, haben alle Regierungen nach 1989 mit mehr oder weniger Erfolg Programme zur positiven Präsentation Polens im Ausland eingesetzt. Auch in Polen selbst wurde viel für die Annäherung an andere Völker getan, indem man die Geschichte offenlegte. Die größten Fortschritte wurden wohl bei der Annäherung an die jüdische Kultur und Geschichte in Polen gemacht. Der polnisch-jüdische Dialog erfordert geduldige und mühevollen Arbeit. Die breit gefächerte Bildungsarbeit des Museums in Auschwitz-Birkenau und dessen vielfältige Initiativen sind ein Beispiel für die Wirksamkeit eines durchdachten, langfristigen Programms. Gleichzeitig sind die neunziger Jahre Zeugen einer Wiedergeburt der jüdischen Kultur in Polen gewesen; das zeigen die zahllosen Forschungsprojekte, Fernsehprogramme, Ausstellungen, Festivals, Gebäuderekonstruktionen und die Pflege von Grabstätten.

Die Erinnerung an den Krieg und an den Kommunismus wirft Probleme mit Deutschland und Russland auf. Die Zunahme nationalistischer Strömungen in Europa erleichtert nicht gerade deren Überwindung. Geschichtspolitik ist jedoch vor allem die Kunst, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. In der polnischen und in der europäischen Reflexion fehlt es an Überlegungen zu den Bedingungen und Konsequenzen der langjährigen Teilung des Alten Kontinents. Westeuropa hat den Kommunismus nicht am eigenen Leib erfahren. Seiner Haltung zur derzeitigen Moskauer Regierung fehlt es an Sensibilität gegenüber der Einstellung Polens, das wie alle mitteleuropäischen Länder auf seine Weise die Politik Wladimir Putins wahrnimmt.

Die westeuropäische Integration entwickelte sich im Verlauf mehrerer Jahrzehnte und unter anderen historischen Bedingungen. Die neuen Mitglieder treten mit vollkommen anderem Gepäck in die Europäische Union ein und erwarten, dass der Westen sich unsere Erfahrungen aneignet und sie in das europäische Gedächtnis aufnimmt. Wir haben es gleichzeitig mit einer maßgeblichen Asymmetrie zu tun. Die westlichen Länder, die von Hitlerdeutschland überfallen wurden, haben die deutsche Schuld und ihre schmerzhaftesten Erfahrungen schon längst verarbeitet. Polen und den anderen postkommunistischen Ländern erlaubte es erst die Be-

11 [www.pis.org.pl](http://www.pis.org.pl)

freierung von der sowjetischen Oberherrschaft, vor den Augen der Welt die eigenen Wunden ganz zu offenbaren.

Deshalb weckt etwa die deutsche Erinnerung an die eigenen Tragödien auf der polnischen Seite kein Mitgefühl; und das wachsende Interesse der öffentlichen Meinung in Deutschland für die Bombenangriffe der Alliierten und die Vertreibung aus den Ostgebieten im Jahr 1945 löst Unbehagen aus. Wir hatten nämlich erwartet, dass sich unsere westlichen Nachbarn nach ihrer Vereinigung angesichts der historischen Schuld nun gemeinsam und ein Stück tiefer verbeugen. Dies umso mehr, als in der Vorwende-Ideologie das Argument aufgetaucht war, dass eine gemeinsame Reflexion der Verantwortung sowohl der Ost- als auch der Westdeutschen für die Schlussfolgerungen, die aus der Geschichte des Zweiten Weltkriegs gezogen wurden, notwendig sei. Nach der Abschaffung der Zensur kam mit aller Macht die Frage wieder auf, ob die Überschreitung der polnischen Grenze durch die Rote Armee ein Akt der Befreiung oder eine neue Diktatur gewesen sei. Der 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und die Art und Weise, wie die internationalen Feierlichkeiten unter der Federführung Moskaus begangen wurden, riefen ein Gefühl der Demütigung hervor und weckten Besorgnis. Sind jedoch eine durch einen Wettbewerb der Opfer gewonnene Selbsteinschätzung, wie es einige Kreise in Polen, Deutschland und Russland wollen, das Schüren der Konfrontation zwischen den Erinnerungskulturen und eine depressive Geschichtsinterpretation ein Ausweg aus der Falle der Erinnerungspolitik?

*Aus dem Polnischen von Rainer Mende*